

1 "Agenda 2030" der CDU:

2 Wer von der Wirtschaftsagenda der CDU profitiert

3 Steuern runter, alles fürs Auto, Arbeitslose schärfer sanktionieren: Mit der "Agenda 2030" will
4 die CDU das Wachstum fördern. Was die Pläne bringen und wo es hakt

5 Eine Analyse von Fabian Franke, Tina Groll und Ruth Fend

6 9. Januar 2025, 18:35 Uhr

7 [https://www.zeit.de/wirtschaft/2025-01/agenda2030-cdu-wirtschaftspolitik-steuern-wirtschafts-
wachstum](https://www.zeit.de/wirtschaft/2025-01/agenda2030-cdu-wirtschaftspolitik-steuern-wirtschafts-
8 wachstum)

9 10 Min.

10 "Agenda 2030" der CDU : Firmen entlasten und so für mehr Steuereinnahmen sorgen: Darauf setzt der
11 CDU-Vorsitzende Friedrich Merz.

12 Die CDU hat ihr Wirtschaftsprogramm mit dem verheißungsvollen Namen "Agenda 2030" vorgelegt. Das
13 Papier, das ZEIT ONLINE vorliegt, sieht Steuersenkungen in Milliardenhöhen vor, um neues Wachstum
14 zu generieren. Ist es ein sinnvoller Plan? Wir zeigen, in welchen Bereichen die Union ansetzen will – und
15 was das bringt.

16 **Unternehmen: Anreize durch Entlastungen**

17 Deutschland ist beim Wirtschaftswachstum mittlerweile eines der Schlusslichter in der EU und sogar unter
18 allen OECD-Ländern. Das liegt auch daran, dass Unternehmen wenig investieren. Die CDU verspricht
19 daher Steuerentlastungen im großen Stil: Die Körperschaftsteuer, die für Kapitalgesellschaften,
20 Genossenschaften oder Stiftungen anfällt, soll von heute 15 auf 10 Prozent reduziert werden. Die
21 Gewerbesteuer sollen Unternehmen mit mehreren Standorten in Deutschland künftig an ein einziges
22 Finanzamt entrichten, bisher wird sie für jeden Standort einzeln berechnet. Auch der für Firmen fällig
23 werdende Solidaritätszuschlag soll ganz gestrichen werden. Insgesamt würde die Steuerlast von derzeit
24 knapp 30 Prozent bei Kapitalgesellschaften (der zweithöchste Satz in der EU) auf 25 Prozent fallen.

25 Geht der Plan auf, würden letztlich die Steuereinnahmen unterm Strich auch wieder steigen. Eine große
26 Steuerreform hat es in Deutschland seit mehr als 15 Jahren nicht gegeben. "Daher trifft die Agenda 2030
27 einen Nerv", sagt Tobias Hentze, Leiter des Themenclusters Steuern, Staat und soziale Sicherung am
28 arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Das Wachstum könne aus seiner Sicht
29 einen Schub erhalten. Ob wirklich um zwei Prozent, wie es die CDU annimmt, hänge aber auch von
30 anderen Standortfaktoren und der Entwicklung der Weltwirtschaft ab, sagt Hentze.

31 Problem: Der Staat würde zunächst mehr als 30 Milliarden Euro Steuereinnahmen verlieren, wie das IW
32 berechnet hat. Da müssten Länder und Kommunen einen Teil der Mindereinnahmen tragen – obwohl sie
33 sich nur begrenzt neu verschulden dürfen. Hilfreich sei, dass die Steuerentlastungen in vier Jahresschritten
34 kommen sollen, sagt Hentze. Vollständig ausgleichen könnten die erhöhten Steuereinnahmen durch das
35 prognostizierte Wirtschaftswachstum die Einnahmenverluste aus den Entlastungen jedoch nicht.

36 **"Agenda 2030" der CDU: Wer von der Wirtschaftsagenda der CDU profitiert**

37 Zudem müsse der Staat auch die Verkehrsinfrastruktur modernisieren, Genehmigungsverfahren
38 beschleunigen und die Kita-Betreuung ausweiten, um die Wachstumschancen zu verbessern, sagt der
39 Ökonom. Das alles bedeutet Ausgaben in Milliardenhöhe. Das soll nach Plänen der CDU ohne eine
40 Reform der Schuldenbremse gestemmt werden. Darum will die Partei an anderer Stelle kürzen, etwa im
41 Sozialetat und in der Verwaltung. Wie hoch die Einsparungen dadurch aber genau sein sollen, bleibt
42 unklar.

43 **Arbeitnehmer: Die große Steuerreform**

44 Den Menschen soll mehr Netto vom Brutto bleiben, mithilfe einer großen Steuerreform im kommenden
45 Jahr. Der Spitzensteuersatz wäre erst ab einem zu versteuernden Einkommen von mehr als 80.000 Euro als
46 Single fällig (heute liegt er bei 68.430 Euro), der Solidaritätszuschlag soll ganz abgeschafft und der
47 Grundfreibetrag jährlich erhöht werden. Zuschläge bei bezahlten Überstunden sollen steuerfrei werden,
48 zudem will die CDU mehr Ausgaben für Kinderbetreuung und haushaltsnahe Dienstleistungen steuerlich
49 absetzbar machen. Und Ältere, die nach Erreichen des Rentenalters weiterarbeiten, sollen bis zu 2.000
50 Euro pro Monat steuerfrei behalten können.

51 Was nach vielen Entlastungen und Anreizen vor allem für die Mittelschicht klingt, könnte aber bei einem
52 großen Teil der Bevölkerung nicht ankommen, kritisiert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Das
53 Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat berechnet, dass das einkommensstärkste, oberste
54 Zehntel der Bevölkerung am stärksten entlastet würde. Den Soli zahlen neben Unternehmen nur noch
55 Menschen mit sehr hohen Einkommen, Überstunden bekommt nur ein kleinerer Teil der Arbeitnehmer in
56 Deutschland bezahlt, oft sind es Angestellte in leitender Position und in tariflich gut bezahlten
57 Industriejobs. Auch Personal für Kinderbetreuung oder haushaltsnahe Dienstleistungen zu beschäftigen,
58 können sich eher Wohlhabende leisten.

59 Zusammen mit den geplanten Entlastungen für Unternehmen würde der Staat rund 99 Milliarden Euro
60 Einnahmen verlieren, hat das DIW ermittelt. Allein das reichste Prozent würde um 28 Milliarden Euro
61 jährlich entlastet werden, die ärmere Hälfte der Bevölkerung nur um knapp 12 Milliarden Euro.

62 **Sozialpolitik: Weg mit dem Bürgergeld**

63 Die CDU will zwar einen "starken und fairen Sozialstaat", eingreifen soll der auf dem Arbeitsmarkt aber
64 nicht. Stattdessen sollen die Sozialpartner gute Löhne aushandeln. Eine Anhebung des Mindestlohns oder
65 die Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifs wie etwa in der Pflege sind mit der Union nicht zu
66 machen.

67 Ein besonderes Anliegen ist der Union die Abschaffung des Bürgergelds. Es soll von einer neuen
68 Grundsicherung abgelöst werden, die aber unbürokratisch zu 100 Prozent gestrichen werden kann, etwa
69 wenn jemand zum zweiten Mal nicht zu einem Beratungstermin mit dem Jobcenter erscheint. Zugleich
70 will die CDU den Vermittlungsvorrang wieder einführen. Das bedeutet, jegliche Arbeit ist einer
71 Weiterbildung oder Qualifizierung vorzuziehen, im Zweifel auch ein Ein-Euro-Job.

72 Mit der Abschaffung des Bürgergelds will die CDU viel Geld sparen. Arbeitsmarktexperten sind aber
73 skeptisch, dass Verschärfungen bei der Grundsicherung dazu führen, viele Arbeitslose schnell wieder in
74 Arbeit zu bringen, erst recht in einer Wirtschaftskrise. Komplett-Sanktionen sind außerdem seit einem
75 Urteil aus dem Jahr 2018 verfassungswidrig, Ein-Euro-Jobs zudem wirkungslos und teuer. Einzig der
76 Anreiz, im Bürgergeld mehr hinzuzuverdienen, könnte eine positive Wirkung haben – ebenso wie das
77 Vorhaben, dass Leistungen nicht mehr sofort gestrichen werden sollen, wenn jemand einige Stunden
78 arbeitet.

79 Sinnvoll klingen die Pläne, Prozesse in der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern durch den
80 Einsatz von Künstlicher Intelligenz zu verschlanken. Damit mehr Menschen aus dem Ausland zum
81 Arbeiten nach Deutschland kommen, will die CDU eine eigene Bundesagentur für ausländische
82 Arbeitskräfte gründen, bei der alle Verfahren gebündelt werden. Ob das zu mehr qualifizierter
83 Zuwanderung führt, ist unklar. Ärger mit den Gewerkschaften ist bei dem Vorhaben vorprogrammiert, das
84 Arbeitszeitgesetz aufzuweichen und die bislang gesetzlich vorgeschriebene Ruhepause zwischen zwei
85 Einsätzen abzuschaffen: Statt der täglichen Höchstarbeitszeit soll es nur noch eine wöchentliche geben –
86 eine jahrzehntealte Forderung der Arbeitgeber.

87 **Industriepolitik, Klima und Umwelt: alles fürs Auto**

88 Die Union bekennt sich zu einem "Ja zum Auto", die individuelle Mobilität ist für sie nicht weniger als der
89 "Inbegriff von Freiheit". Ein Tempolimit auf Autobahnen lehnt sie ebenso ab wie das Umwidmen von
90 Parkplätzen oder Fahrverbote für Innenstädte. In ihrer Agenda 2030 betont die CDU zusätzlich, dass die
91 Automobilbranche eine Schlüsselindustrie und ein Arbeitsplatzgarant bleiben soll. Daher will sie das
92 sogenannte Verbrennerverbot rückgängig machen. Laut EU-Gesetzgebung müssen neu zugelassene
93 Fahrzeuge ab 2035 emissionsfrei fahren.

94 Wenn auch mit weniger Leidenschaft, so hat die Union sich – anders als FDP und AfD – in ihrem
95 Programm zugleich zum deutschen Ziel der Klimaneutralität bis 2045 bekannt. Wie sie das erreichen will,
96 bleibt allerdings vage, zumal vor allem der Verkehrssektor hinter den Zielen bereits seit Jahren
97 zurückbleibt. Das dürfte sich durch die Betonung der Interessen der Autoindustrie noch verschärfen.

98 In der Agenda 2030 taucht als Fördermaßnahme für die schleppend verlaufende Antriebswende lediglich
99 ein "Infrastrukturversprechen" auf, sprich, der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos. Mögliche
100 Anreize für den Kauf, wie etwa niedrigere Zulassungs- oder KfZ-Steuern oder Kaufprämien, fehlen. Im
101 Parteiprogramm spricht die Union sich für E-Fuels, Wasserstoff und nachhaltige Biokraftstoffe als
102 mögliche klimafreundliche Alternativen aus. Allerdings sind diese deutlich ineffizienter als Batterien und
103 zudem nicht ausreichend vorhanden.

104 Vor allem aber will die CDU die Flottengrenzwerte der EU schwächen, also den Mechanismus, der dafür
105 sorgen soll, dass Fahrzeuge emissionsärmer fahren. Diese Vorgabe will sie für den Zeitraum 2025 bis 2035
106 schrittweise auslaufen lassen. Ihre Argumentation: Ab 2027 gebe es einen Emissionshandel für Gebäude
107 und Verkehr, das sei eine ausreichende Steuerung. Dass die Union das von ihr beschworene Prinzip des
108 marktwirtschaftlichen Klimaschutzes immer eisern durchziehen würde, ist indes fraglich: Im
109 Parteiprogramm will sie etwa die "übermäßige Belastung durch CO₂-Preis und CO₂-Zuschlag im
110 Transportgewerbe" reduzieren.

111 Ein sozialer Ausgleich für die steigenden CO₂-Preise taucht in der Agenda 2030 nicht auf, dafür aber im
112 Parteiprogramm der Union. Dort spricht sie sich dafür aus, die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an
113 Verbraucher und Wirtschaft zurückzugeben – zunächst in Form von niedrigeren Stromsteuern und
114 Netzentgelten, später mithilfe eines nicht näher beschriebenen "Klimabonus".

115 Niedrigere Stromsteuern und Netzentgelte würden bei der klimaverträglichen Elektrifizierung von Verkehr
116 und Gebäuden helfen, hier immerhin ist die Agenda 2030 ambitioniert: Um mindestens fünf Cent pro
117 Kilowattstunde will die CDU den Strompreis senken.